

Mühlstein am Hals der Türkei

Neuwahlen sollen eine handlungsfähige Regierung schaffen

Von Josef Joffe

Istanbul, im April

Es gibt in der Nato nur zwei Länder, die in Tüchtführung mit der Wirklichkeit stehen“, dozierte der Senator aus Ankara, „nämlich Norwegen an der Nordflanke und die Türkei im Südosten.“ Dann wurde sein Tonfall um ein paar Grade beschwörender: „Drehen Sie sich doch um — hinter Ihnen passiert gerade ein sowjetisches Kriegsschiff den Bosphorus.“

Pflichtgemäß verrenkten seine Zuhörer ihre Köpfe in Richtung des ausgestreckten Arms. Tatsächlich, in der diesigen Meerenge, kaum zwei Kilometer breit, glitt ein Schiff unter der roten Hammer-und-Sichel-Flagge vorbei. Nur war es weder ein Kreuzer noch ein Zerstörer, sondern ein Tanker der Handelsmarine. Gewiß, die Über-treibung war gewollt ironisch, ein Regietrick, der die exponierte Lage wie auch den strategischen Wert der Türkei für die Besucher aus dem Westen dramatisieren sollte. Die Verwechslung hatte jedoch noch einen anderen, ungewollten Effekt — sie unterstrich den schmalen Grat zwischen Schein und Sein, Wollen und Wirklichkeit, auf dem die türkische Außenpolitik derzeit wandelt.

Gebrochene Optik

Seit dem amerikanischen Waffenembargo vom Februar 1975, das die Türken nach ihrer gewaltsamen Landung auf Zypern im Sommer 1974 zur Raison bringen sollte, fühlt sich Ankara vom Westen verraten und verlassen. Enttäuschung gepaart mit diplomatischer Isolierung läßt sie die Welt durch eine gebrochene Optik betrachten. Entrüstet weisen sie den Vorwurf der Aggression zurück. Schließlich war es ja der mißlungene Putsch gegen Makarios, inszeniert von den Obri- sten in Athen, der den labilen Status quo in Zypern aus den Angeln gehoben hat. Sie selbst, so behaupten die Türken, seien ja nur ihren bedrängten Brüdern auf der von Griechen dominierten Insel zu Hilfe geeilt. Sind sie nicht immer die getreuesten Partner der westlichen Allianz gewesen? Warum haben die Amerikaner gerade

ihnen eine Lektion in internationaler Moral erteilt und nicht auch anderen den Rüstungshahn zugedreht, die — wie etwa die Franzosen in Suez und die Israelis im Sechs-Tage-Krieg — ebenfalls zur Waffe gegriffen haben?

Die Türken wollen recht haben und erst in zweiter Linie recht behalten. Sie pöchen ent-rüstet auf ihre verletzte nationale Ehre, doch dahinter schimmern die Minderwertigkeitskom- plexe hervor, die den Blick auf die Wirklichkeit verstellen. Sie fühlen sich eingekreist und wittern überall den allmächtigen Einfluß der Griechen und ihrer Lobby in den Vereinigten Staaten. Dabei genügt ein Blick auf die Landkarte, um den Dingen mit größerer Gelassenheit ins Auge zu sehen. Die Türkei ist sechsmal so groß wie Griechenland. Ihre Bevölkerungszahl beträgt 40 Millionen, die der Hellenen neun Millionen. Ankara hat knapp eine halbe Million Mann unter Waffen, Athen weniger als 200 000. Schließlich liegt Zypern tausend Kilometer vom griechischen, aber nur 75 Kilometer vom türkischen Festland entfernt.

Doch die Unsicherheit sitzt den Türken tiefer in der Seele als der Schock über die amerikanische Willkür. Schon einmal sind sie vom Westen ver-raten worden, als das griechisch besiedelte Smyrna (heute Izmir) nach dem Ersten Weltkrieg Grie- chenland zugeschlagen wurde, das dann den Marsch auf Ankara antrat. Eine Erklärung für diese Einseitigkeit haben die Türken schnell bei der Hand: „Der Westen wird immer die Grie- chen unterstützen, nur weil sie Christen und wir Muslims sind.“ „Der Westen“ — das klingt so, als ob sich die Türken gar nicht dazurechnen, obwohl sie sich als Eckpfeiler der Nato betrach- ten.

Drei Jahrzehnte im Lager des Westens, über sechzig Jahre forciert Verwestlichung, mit der Kemal Atatürk sein Volk in die Moderne kata- pultieren wollte, haben der Türkei kein neues Selbstverständnis geschenkt, sondern nur das alte gespalten. Auf dem Gewaltmarsch in den laizi- stischen Staat rabiat beiseitegeschoben, übt nun der Islam nach innen wie nach außen eine neue Faszination aus. Seit Jahren umwirbt Ankara die Araber, um einerseits Kredite, andererseits diplo- matische Schützenhilfe im Konflikt mit den Grie- chen zu gewinnen. Nur: bei aller pan-islamischen Solidarität tun sich die Araber schwer, zu ver- gessen, wer sie jahrhundertlang beherrscht und ausgebeutet hat. Außerdem können sie im Falle Zypern nicht gutheißen, was sie im eigenen Kon- flikt mit Israel verbittert bekämpfen — die Faustpfandpolitik mit erobertem Territorium.

Historie wider Hysterie

Der türkische Flirt mit den Sowjets hat wenig Wirklichkeitsgehalt. Nachdem sie 1975 zeitweise die 26 amerikanischen Stützpunkte auf ihrem Boden geschlossen hatten, begannen die Türken an einem Freundschaftsvertrag mit der Sowjet- union zu feilen. Eilfertig schickte Moskau seine höchsten Repräsentanten zum Staatsbesuch ins Nachbarland, lieferte großzügige Wirtschaftshilfe. Doch Ankara hält sich zurück. Minister- präsident Demirel ist einen Gegenbesuch bisher noch schuldig geblieben. Eine Neuauflage des Nichtangriffspaktes von 1925 haben die Türken kühl abgelehnt. Denn auch hier wiegt die Histo- rie schwerer als die Hysterie. Unvergessen sind

GRUNER + JAHR AG & CO, Hamburg, Telefon 040/4118(1)

Quelle:

213840

13 Kriege gegen den russischen Erzfeind seit 1677, von denen die Osmanen die meisten

verloren haben. Unübersehbar ist auch die 600 Kilometer lange Grenze zur Sowjetunion, hinter der 24 Divisionen im Kaukasus stationiert sind — mehr als zur Verteidigung nötig sind.

Die Türkei könnte sich ihre Manöver sparen und sich gleichzeitig aus der diplomatischen wie psychologischen Isolierung befreien, wenn sie sich des Mühlsteins Zypern entledigen würde. Dazu ein hoher Diplomat aus Ankara: „Am liebsten möchte ich Zypern im Meer versenken.“ Doch das Zypern-Problem ist heute einfacher zu lösen als nach der Türken-Invasion im Sommer 1974. Damals glich die Siedlungsstruktur der Insel einem Leopardenfell: Die Türken (zwanzig Prozent der Bevölkerung) lebten verstreut, umgeben von der griechischen Mehrheit. Heute hat die türkische Armee 40 Prozent des Landes besetzt; die Flucht von 150 000 bis 200 000 griechischen

Flüchtlingen hat inzwischen schmerzlich klare Fronten geschaffen. Die Türken beanspruchen ein Drittel der Insel, sie würden sich wahrscheinlich mit 29 Prozent begnügen; die Griechen bieten vorerst nur 20 Prozent. In der Levante sind zehn Prozent jedoch kein unüberwindbares Hindernis.

„Meine Landsleute vergessen schnell“, sagte Erzbischof Makarios Anfang dieses Jahres — trotz der Grausamkeiten, die auf beiden Seiten begangen worden sind. Das Haupthindernis auf dem Wege zu einem zypriotischen Bundesstaat mit einer schwachen Exekutive aber ist die türkische Innenpolitik. Seit zwei Jahren regiert in Ankara ein Rechtskartell unter Führung von Demirels konservativer Gerechtigkeitspartei; seit Anfang dieses Jahres gleicht die zerstrittene Viererkoalition einer „verlausten Decke“ — so ein Minister der Gerechtigkeitspartei. Die größte

Laus im Pelz von Suleiman Demirel ist Professor Necmettin Erbakan, Vizepremier und Führer der Nationalen Heilspartei, die — kaum gegründet — in den Wahlen von 1973 fast zwölf Prozent der Stimmen gewann.

Wie keine andere symbolisiert die Nationale Heilspartei das gesplittene Identitätsgefühl der Türken. Verpackt in ultranationalistischer Rhetorik serviert Erbakan dem Wahlvolk eine schwer genießbare Mischung aus vorwärtsdrängender Schwerindustrialisierung und rückwärtsgewandtem islamischen Klerikalismus. Kraft seiner strategischen Position im Regierungsbündnis hat Erbakan nicht nur jegliche Flexibilität in der Zypernfrage verhindert, sondern auch die gesamte Regierungsarbeit zum Stillstand gebracht. In seiner Verzweiflung über die erpresserischen Manöver seines Koalitionspartners hat Demirel nun endlich der Forderung nach vorgezogenen Wahlen am 5. Juni stattgegeben, die sein Hauptrivale Bülent Ecevit, der Führer der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei, seit 1974 propagiert hat.

Drei Millionen Arbeitslose

Schon heute verfügt Ecevits Volkspartei mit 189 Sitzen über den größten Stimmenblock in der Nationalversammlung, die aus insgesamt 450 Abgeordneten besteht. Die rapide Urbanisierung des Landes und steigende Arbeitslosigkeit haben den Sozialdemokraten immer mehr Anhänger zugetrieben, während die Konservativen Boden verloren haben. Ecevit gibt sich so siegesbewußt, daß er heute schon den Tag nach der Wahl beklagt, an dem ihm „eine winzige Opposition“ gegenüberstehen wird. Seine Furcht ist freilich kaum begründet, denn er müßte mindestens 37 Abgeordnete hinzugewinnen, um überhaupt eine knappe absolute Mehrheit zusammenzuschirren.

Obwohl jeder sie ersieht, glaubt niemand an das Zustandekommen einer starken Einparteienregierung, die des Terrorismus an den Universitäten, einer Inflationsrate von 20 Prozent und einer Arbeitslosenzahl von drei Millionen Herr werden kann. „Wenn wir Glück haben“, resignieren die Beobachter, „dann bekommen wir höchstens eine große Koalition zwischen den Sozialdemokraten und den Konservativen.“